

Kinder in die Mitte

Regierung will mehr Betreuungsplätze und tiefere Gebühren

VADUZ – Das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder soll wachsen – zugleich sollen die Gebühren gesenkt werden. Insgesamt dürften jährlich bis zu zehn Mio. Franken zusätzlich in die Familienförderung fließen.

• **Tino Quaderer**

Vor acht Jahren wurden in Liechtenstein nur rund 150 Kinder ausserhäuslich betreut – im vergangenen Jahr waren es bereits 535 Kinder, die ganztags oder stundenweise betreut wurden. Durch ausser-schulische Tagesstrukturen sowie Tagesschulangeboten an den Primarschulen wird dieses Angebot weiter wachsen.

Auf Bedürfnisse reagieren

Für Familienministerin Rita Kieber-Beck ein notwendiger Schritt, denn das Bedürfnis nach einer bes-

seren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wächst – sowohl vonseiten der Eltern als auch der Wirtschaft, denn «durch den ausgetrockneten Arbeitsmarkt setzt unsere Wirtschaft zusehends auf die Arbeitskraft der Frauen», so Regierungsrätin Kieber-Beck.

Auf diese Bedürfnisse will die Regierung mit ihrem familienpolitischen Paket eingehen: Das bedeutet nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern zugleich auch tiefere Gebühren beispielsweise für die Tagesstrukturen der Kindergärtler sowie Primarschüler. Zu diesem Paket gehört aber auch, dass Eltern zu den üblichen Arbeitszeiten – und auch während der Schulferien – auf ein umfassendes Betreuungsangebot zurückgreifen können. Überdies klärt die Regierung derzeit ab, welche Vorteile die Senkung des freiwilligen Eintrittsalters in den Kindergarten um ein Jahr bringen würde.

Neben den besseren Strukturen und Angeboten für Familien will die Regierung aber auch zusätzliche finanzielle Anreize schaffen. Mit einem Familiengeld sollen Kinder während den ersten 36 Lebensmonaten finanziell unterstützt werden. Davon profitieren sollen gemäss den Plänen der Regierung möglichst alle Familien in Liechtenstein – also nicht nur Familien, welche ihre Kinder ausserhäuslich betreuen lassen.

Mehr Geld für Familien

Insgesamt rechnet die Regierung für ihr familienpolitisches Paket mit jährlichen Kosten von «unter zehn Millionen Franken», führt Regierungsrätin Rita Kieber-Beck aus. Dieses Geld sei aber gut investiert: Einerseits wächst die Wahlfreiheit der Eltern, andererseits kann die demografische Situation verbessert werden.

Seite 5